

EUROPÄISCHES KROATISCHER PARLAMENT SABOR

DELEGATION FÜR DIE
BEZIEHUNGEN FÜR ZU
DEN LÄNDERN
SÜDOSTEUROPAS

UNTERAUSSCHUSS FÜR
DIE BEZIEHUNGEN ZUM
ZUM EUROPÄISCHEN
PARLAMENT

ENTWURF DES PROTOKOLLS

12. Interparlamentarisches Treffen EP-Kroatischer Sabor Brüssel, 17.-18. Februar 2004

Inhalt

Seite

1. Annahme des Entwurfs der Tagesordnung	4
2. Genehmigung des Protokolls des 11. IPT EP-Kroatischer Sabor in Zagreb, 24. bis 25. März 2003	4
3. Die Reformen des Justizsystems und der öffentlichen Verwaltung	4
4. Umsetzung des Verfassungsgesetzes über Minderheiten und die Rückkehr von Flüchtlingen	6
5. Die Wirtschaftslage in Kroatien	7
6. Regionale Zusammenarbeit und ungelöste Fragen mit Nachbarländern	10
7. Die Zusammenarbeit Kroatiens mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (IStGHJ)	12
8. Umsetzung des SAA und die Zukunftsperspektiven für den Beitritt Kroatiens zur Europäischen Union	13
9. Verschiedenes	16
10. Zeitpunkt und Ort der nächsten Sitzung	16

Anlage: Anwesenheitsliste

25. August 2004
SMZ/SW/pel

PV\550329DE.doc

PE 350.415

DE

DE

Die Sitzung wird am Dienstag, dem 17. Februar 2004, um 15.13 Uhr unter dem gemeinsamen Vorsitz von Frau Doris Pack, Vorsitzende der EP-Delegation für die Beziehungen zu den Ländern Südosteuropas, und Herrn Neven Mimica, Vorsitzender der Delegation des Kroatischen Parlaments für die Beziehungen zum Europäischen Parlament, eröffnet.

Frau Pack und Herr Mimica eröffnen das Treffen und begrüßen die Mitglieder der beiden parlamentarischen Delegationen und Gäste, die als Vertreter der Institutionen der Europäischen Union und der kroatischen Regierung anwesend sind.

Herr Gaffey, Leiter der Abteilung für Südosteuropa des irischen Außenministeriums, sagt im Namen des amtierenden Ratsvorsitzes der EU, dass die Beziehungen der EU zu den Ländern des westlichen Balkans für den irischen Ratsvorsitz eine ebenso große Rolle spielen würden, wie es bei der italienischen und der griechischen Ratspräsidentschaft der Fall gewesen sei. Nach dem Gipfel von Thessaloniki würde der bisherige Weg im Rahmen des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens, durch regionale Zusammenarbeit und durch die Umsetzung der verschiedenen in diesem Zusammenhang getroffenen Vereinbarungen fortgesetzt. Allerdings läge die Verantwortung für den größten Teil dieser noch zu vollendenden Entwicklung in den Händen Kroatiens. Für die EU sei das wichtigste Ereignis des Jahres 2004 die geplante Erweiterung und er denke, dass Kroatien als demokratischer Staat die mit der Vorbereitung auf eine EU-Mitgliedschaft verbundenen Herausforderungen realistisch einschätzt. Die irische Ratspräsidentschaft erwarte im Frühjahr die Stellungnahme der Kommission zur Bereitschaft Kroatiens, Beitrittsverhandlungen zu beginnen und geht davon aus, dass die erreichten Fortschritte in der Wirtschaft und auf dem Gebiet der regionalen Zusammenarbeit eine positive Bewertung erfahren würden. Dabei richtet sich das Interesse der Ratspräsidentschaft vor allem auf die Fortschritte Kroatiens beim Ausbau gutnachbarschaftlicher Kontakte sowie den Dialog und die Lösungen offener Probleme. Kroatien sollte in erster Linie in seinem eigenen Interesse eng mit dem ISTGHJ zusammenarbeiten.

Herr Leigh, stellvertretender Generaldirektor der Generaldirektion für Auswärtige Beziehungen erklärt im Namen der Europäischen Kommission, dass die Kommission ihre Stellungnahme auf Grundlage der selben Prinzipien und Methoden erarbeiten werde, die in der Vergangenheit bei den anderen Kandidaten Anwendung fanden. Die entsprechenden Informationen würden aus einer großen Zahl unterschiedlicher Quellen gewonnen, darunter auch die kroatischen Behörden, und er ist davon überzeugt, dass die Stellungnahme so objektiv wie möglich sein wird. Die Stellungnahme würde wie üblich aus drei Teilen bestehen, sich jedoch vor allem auf politische Kriterien konzentrieren. Der erste und wichtigste Punkt bei der Evaluierung der Beachtung der politischen Kriterien sei die Bereitschaft Kroatiens zur Zusammenarbeit mit dem ISTGHJ. Die Kommission habe vom ISTGHJ einen Bericht erhalten und stehe ständig mit ihm in engem Kontakt. Es könne eine Verbesserung bei der Zugänglichkeit von Dokumenten durch den ISTGHJ in Kroatien konstatiert werden, doch das größte Problem sei der Fall des Generals Gotovina. Die Kommission habe die jüngsten konstruktiven Entscheidungen des kroatischen Premierministers zur Kenntnis genommen und hoffe, dass dieses Problem in naher Zukunft gelöst werden könne.

Bei der Rückkehr der Flüchtlinge seien nun die Umsetzung alter und neuer Gesetze und die Beseitigung aller eventuellen Hindernisse für die Rückkehrwilligen die wichtigsten Aufgaben, es gebe allerdings einige alarmierende Zwischenfälle, wie z.B. die Brandstiftung im Haus eines zurückgekehrten Serben.

Er erwähnt die jüngsten zusätzlichen Wahlen für die Vertretung der Minderheiten in lokalen und regionalen staatlichen Stellen, bei denen, obwohl die Endergebnisse noch nicht feststünden, wieder mit einer sehr niedrigen Wahlbeteiligung gerechnet werden müsse.

Die Justizreform stelle für Kroatien eine weitere Priorität dar. Der Premierminister habe jüngst eine Maßnahmenliste vorgelegt, deren Inhalt in diesem Zusammenhang realisiert werden müsse, und die Kommission würde die Entwicklung auf diesem Gebiet auch weiterhin intensiv verfolgen, da dieses auch für die wirtschaftliche Entwicklung von großer Bedeutung sei.

Hinsichtlich der Beziehungen zu den Nachbarstaaten forderte Herr Leigh Kroatien auf, diese zu verbessern, vor allem in Anbetracht der Entscheidung, die kroatischen Hoheitsgewässer in der Adria auszudehnen.

Hinsichtlich des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens ist er zufrieden feststellen zu können, dass die Umsetzung des Interimsabkommens reibungslos voranschreite, in letzter Zeit jedoch einige Bestimmungen zu Handel und Landwirtschaft in Frage gestellt worden wären, als Kroatien ein Einfuhrverbot für Rindfleisch aus der EU verhängte.

Zusammenfassend bestätigt er, dass die Kommission Kroatien auch weiterhin finanzielle und technische Unterstützung zukommen lassen werde.

Herr Plenkovic, Gesandter der Vertretung Kroatiens bei der EU erinnert in seiner Eigenschaft als Vertreter der kroatischen Regierung daran, dass dem kroatischen Antrag auf eine Mitgliedschaft in der EU eine langwierige Diskussion vorausgegangen sei und er davon überzeugt ist, dass das Jahr 2004 rückblickend als ein Jahr von herausragender Bedeutung für Kroatien gewertet werden wird. Erfreut teilt er den Mitgliedern beider Parlamente mit, dass der kroatische Präsident Herr Mesic das Europäische Parlament in der nächsten Woche besuchen werde. Bei seinen Ausführungen zur regionalen Zusammenarbeit legt er dar, dass seiner Ansicht nach die ersten Schritte der neuen Regierung in die richtige Richtung gehen.

Herr Mimica erinnert daran, dass die interparlamentarischen Beziehungen zwischen dem Europäischen Parlament und Kroatien für sein Land von großer Bedeutung seien und verkündet stolz, dass die kroatische Delegation auf dem aktuellen 12. Treffen eine vollkommen neue Zusammensetzung habe und beträchtliche politische Alternativen möglich sind. Bezugnehmend auf Kroatiens Antrag auf Mitgliedschaft in der EU zeigt sich Herr Mimica überzeugt, dass seinem Land bald der offizielle Kandidatenstatus eingeräumt werde, falls an Kroatien die gleichen Anforderungen gestellt würden, die von den Ländern der „ersten Welle“ der Erweiterung erfüllt werden mussten. Darüber hinaus vertritt er die Ansicht, dass Kroatien bereits die erforderlichen Kriterien im wirtschaftlichen Bereich und die Kriterien des gemeinschaftlichen Besitzstandes im Bereich des Rechtssystems erfüllt. Er betrachtet die politischen Kriterien nicht als Probleme, die Kroatien nicht lösen könne, und weist die Auffassung zurück, wonach Kroatien unter die Aufsicht der EU gestellt würde. Kroatien sei ein Partner der EU und die Kommission würde in der Lage sein, das Land bei der Einhaltung der geforderten Kriterien zu unterstützen.

Die neue Regierung habe einen Arbeitsplan für vier Jahre ausgearbeitet, in dem keines der Probleme, die für die Einhaltung der politischen Kriterien von Bedeutung seien, vergessen worden sei. Beobachter sollten jedoch Verständnis dafür aufbringen, dass Kroatien gerade erst einen Krieg hinter sich habe und über keinerlei Erfahrung mit der Transformation von einem kommunistischen zu einem demokratischen System verfüge. Kroatien reklamiere für sich allerdings keinerlei „mildernde Umstände“ bei seinen Bemühungen um eine Mitgliedschaft in der EU. Bei der Bewertung der Entwicklung in Kroatien sollten vielmehr die gleichen Maßstäbe

angelegt werden, wie auch bei anderen beitrtrittswilligen Ländern. Er sei sich darüber im klaren, dass die Zusammenarbeit mit dem ISTGHJ eines der wichtigsten politischen Kriterien sei und ist der Ansicht, dass die Zusammenarbeit momentan besser als jemals zuvor ist. Was die Probleme im Fall „General Gotovina“ betrifft, so solle nicht so sehr die Frage in den Vordergrund gestellt werden, warum dieser noch nicht nach Den Haag überstellt worden sei, sondern vielmehr gefragt werden, ob Kroatien alle Möglichkeiten ausgeschöpft habe (oder nicht), um mit dem ISTGHJ in dieser Angelegenheit zusammenzuarbeiten.

Abschließend stellte er die Mitglieder der kroatischen Delegation einzeln vor.

1. Annahme des Entwurfs der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird angenommen.

2. Genehmigung des Protokolls des 11. IPT EP-Kroatischer Sabor vom 24.-25. März 2003 in Zagreb

Die Protokolle werden genehmigt.

3. Die Reformen des Justizsystems und der öffentlichen Verwaltung

Herr Mimica ist sich darüber im Klaren, dass es in diesem Zusammenhang in Kroatien große Probleme gebe, was auch den Politikern, Geschäftsleuten und Unternehmern bekannt sei. Selbstverständlich bestehe die dringende Notwendigkeit eines funktionierenden Justizsystems, doch könne niemand erwarten, dass dieses über Nacht entstehen würde. Die Regierung und das Parlament seien gegenwärtig dabei, über einen mittelfristigen strategischen Reformplan die Dauer gerichtlicher Verfahren zu verkürzen und letztere dabei in Übereinstimmung mit den EU-Rechten zu bringen sowie die Menschenrechte zu beachten. Darüber hinaus sollten internationale Verfahren effektiver und kompetenter gestaltet werden. Um diese Ziele zu erreichen, plane Kroatien ein einheitliches Ausbildungssystem für Richter. Investitionen seien im Bereich der Justiz dringend notwendig und er äußert sich zufrieden darüber, dass die EU, die Weltbank und die USA entsprechende finanzielle Mittel bereitgestellt hätten. Insgesamt seien Kroatien 50 Millionen Euro in Aussicht gestellt worden, um unter anderem die Gerichte mit moderner Datenverarbeitungstechnik auszustatten, wodurch die einzelnen Fälle gleichmäßiger auf die einzelnen Gerichte verteilt werden können (zu Jahresbeginn seien bereits 1.700 Posten Datenverarbeitungstechnik zur Verfügung gestellt worden) oder für die Modernisierung und Aktualisierung des Eigentumsregisters („Kataster“, 32 Millionen Dollar). Ein großes Problem sei die große Zahl schwebender Gerichtsverfahren. Im Jahr 2003 habe es etwa 1,4 Millionen gegeben, wovon jedoch über 900.000 keine Strafverhandlungen, sondern Erbschaftsverfahren, Vollstreckungsverfahren u.ä. gewesen seien. In diesem Zusammenhang gäbe es auch ein Projekt zur Erweiterung des Kompetenzbereichs öffentlicher Notare, da diese Fälle nicht unbedingt von einem Gericht entschieden werden müssten. Eine weiter denkbare Maßnahme sei es, einige Verfahren, die beim Obersten Gerichtshof anhängig sind, an nachgeordnete Gerichte zu übergeben. Er ist überzeugt davon, dass das kroatische Justizsystem in wenigen Jahren die entsprechenden EU-Kriterien erfüllen wird. Die kroatische öffentliche Verwaltung befände sich in einer vergleichbaren Situation und erste Maßnahmen zur Reduzierung der Zahl der Ministerien und Regierungsmitglieder seien bereits unternommen worden (von 24 auf 15). Die

nächsten Schritte würden darauf abzielen, die Qualifikation von Fachleuten von in der öffentlichen Verwaltung zu verbessern. Allgemein könne jedoch festgestellt werden, dass innerhalb der kroatischen Verwaltung zwar weitere Verbesserungen notwendig seien, ein Rückblick darauf, wie sich Mitte der 1990er Jahre die Situation in anderen Transformationsländern darstellte, als diese begannen, sich auf eine EU-Mitgliedschaft vorzubereiten, mache jedoch deutlich, dass die Lage in Kroatien relativ zufriedenstellend ist.

Herr Mayer erinnert daran, dass die Europäische Union eine Gemeinschaft sei, der ein gemeinsames Recht zugrunde liege, und nicht etwa Politik oder Diplomatie. Im Fall von Kroatien sei es wichtig, zwischen ernsthaften Mängeln beim Funktionieren des Justizsystems und trivialen Problemen zu unterscheiden. Zu den ernsthaften Problemen gehöre z.B. der Mangel an qualifiziertem Personal, das auch in der öffentlichen Verwaltung benötigt werde, das rechtlich festgelegte Prinzip eines gesetzlichen Richters, die Aufteilung des Landes in verschiedene Gerichtsbezirke u.s.w. Das Justizsystem und die öffentliche Verwaltung seien für den Bürger da, und nicht umgekehrt!

Frau Pack bedauert mitteilen zu müssen, dass sie oft Beschwerden von kroatischen Bürgern erhalte, die behaupten, von den Gerichten ungerecht behandelt worden zu sein und dass die Justiz politisiert sei. Sie erwähnt, dass in diesem Zusammenhang in der Ausgabe der „Feral Tribune“ vom 5.-11. Dezember ein Artikel über das kroatische Verfassungsgericht veröffentlicht worden sei, das darin als eine Institution ohne Glaubwürdigkeit beschrieben werde, deren Mitglieder nicht über die notwendige Sachkompetenz verfügen würden. Bei ihren anschließenden Ausführungen über die Dezentralisierung der Verwaltung zeigt sie sich beunruhigt darüber, dass der Dezentralisierungsprozess zu langsam voranschreite.

Herr Mimica bedankt sich für die wertvollen Ratschläge, die im Rahmen des interparlamentarischen Informationsaustausches unterbreitet wurden, und erwähnt in diesem Zusammenhang den Vorschlag von Herrn Mayer, einen besseren Mechanismus der Verteilung der vorliegenden Gerichtssachen einzuführen. Seiner Meinung nach sei aber das größte Problem des kroatischen Justizsystems nicht seine Politisierung, sondern die Qualifikation der Mitarbeiter. Der Umstand würde dadurch erschwert, dass zu Beginn der 1990er Jahre, als Kroatien seine Unabhängigkeit erlangte, keine Richter verfügbar waren, die ihre Aufgaben mit der notwendigen Professionalität bewältigen konnten.

Herr Lisi zeigt sich ob der Tatsache verwundert, dass politische Einflussnahme auf die Justiz in Kroatien nicht als Problem betrachtet würde und bittet seine Kollegen, sich Italien als Beispiel vor Augen zu führen, wo deutlich klar wurde, dass politische Einflussnahme auf die Justiz ein ernsthaftes Problem ist.

Herr Mimica entgegnet, dass hier offenbar ein Missverständnis vorliege und er lediglich das Problem der extremen Überlastung der Richter besonders deutlich machen wollte.

Herr Mayer ist davon überzeugt, dass die kroatische Judikative ein Organisationsproblem hat. So müsse den Richtern beispielsweise genügend Zeit eingeräumt werden, sich mit ihren eigentlichen Aufgaben zu befassen, statt Aufgaben in der Verwaltung wahrzunehmen.

Herr Mimica stimmt dem vollkommen zu und sagt, dass dies ein weiterer Grund dafür sei, warum in Kroatien eine Reform des Justizsystems dringend geboten sei.

Frau Obradovic, Beigeordnete Ministerin im Ministerium für europäische Integration, geht genauer auf einige der unterbreiteten Vorschläge für Änderungen der kroatischen Gesetzgebung der Judikative ein, welche ebenso Reformen des Systems der Verteilung von Strafsachen, die Verbesserung der Qualifikation der Rechtsberater, ein neues System der Evaluierung der Arbeit der Richter und eine Aufwertung des Ausbildungszentrums für Richter zu einer Akademie, wo Kurse zum EU-Recht, Menschenrechtsfragen und anderen Themen angeboten werden, vorsehe.

4. Umsetzung des Verfassungsgesetzes über Minderheiten und die Rückkehr von Flüchtlingen

Herr Pupovac erinnert daran, dass der Minderheitenschutz vor einem Jahr im Verfassungsrecht verankert worden sei und er stellt die wichtigsten Punkte dar. Die Repräsentation und Partizipation von Minderheiten im politischen Leben sei dadurch verbessert worden, dass die Zahl der Parlamentsitze für Vertreter der Minderheiten von fünf auf acht erhöht wurde, von denen einige zuvor überhaupt nicht vertreten gewesen wären. Es müssten jedoch noch die Bestimmungen zur Repräsentation der Minderheiten in der lokalen Selbstverwaltung (Gemeinden, Kreise, Städte), des Justizsystems und der Polizei umgesetzt werden. Er unterstreicht, dass der Premierminister versichert habe, sich dieser Frage persönlich annehmen zu wollen und nicht zuzulassen, dass es ein uneingelöstes Versprechen bleibe. Bei seinen Ausführungen zu den jüngsten Nachwahlen für Minderheitenvertreter innerhalb der lokalen Selbstverwaltung gesteht er ein, dass die Wahlbeteiligung sehr niedrig gewesen sei, was teilweise darauf zurückzuführen sei, dass die Bevölkerung nicht gut informiert wurde und teilweise darauf, dass die Regierung und die lokalen Behörden nicht genügend Maßnahmen ergriffen hätten, um die Wahlbeteiligung zu erhöhen. Der Nationale Rat für Minderheiten, der im Verfassungsrecht verankert sei, solle die Regierung bei Programmen oder Fragen der finanziellen Unterstützung beraten und die Tätigkeit der Minderheiten innerhalb der lokalen Selbstverwaltung verfolgen. Leider hätten die bei den Kommunalwahlen im Mai 2003 gewählten Minderheitenvertreter in ihren Städten keinerlei finanzielle Unterstützung erhalten. Das jüngste Abkommen zwischen dem Premierminister und Vertretern der serbischen und anderer Minderheiten ziele deshalb auf eine schnellere Umsetzung der im Verfassungsrecht verankerten Grundsätze ab.

Hinsichtlich der Rückkehr der Flüchtlinge konstatiert er Fortschritte und je nach Zeitraum war es mehr oder weniger offenkundig. Dessen ungeachtet gebe es jedoch noch einige ungelöste Probleme: das Amnestiegesetz werde nicht angewandt, willkürliche Festnahmen, insbesondere von jungen Rückkehrern, der Prozess der Wiederinbesitznahme des Eigentums müsse von der jeweils amtierenden Regierung forciert werden.

Was den Wiederaufbau angeht, so habe die Regierung ihren guten Willen gezeigt und aus dem Haushalt umfangreiche finanzielle Mittel bereitgestellt, so dass bis Ende des Jahres alle bislang unbearbeiteten Anträge bearbeitet werden könnten.

Die wichtigste Voraussetzung für eine nachhaltige Rückkehrpolitik sei jedoch die wirtschaftliche Entwicklung.

Abschließend teilt er mit, dass das jüngste Abkommen zwischen dem Premierminister und der serbischen und anderen Minderheiten einen wichtigen Rahmen für Versöhnung bilde und gleichzeitig in einer sehr konkreten und pragmatischen Art und Weise verfasst worden sei.

Herr Swoboda teilt die Ansicht, dass die Integration der Minderheiten für Kroatien eine Schlüsselfrage ist. Die niedrige Wahlbeteiligung bei den Wahlen der Minderheitenvertreter

innerhalb der lokalen Selbstverwaltung könne auf verschiedene Ursachen zurückgeführt werden (vielleicht war der verfügbare zeitliche Rahmen zu eng bemessen, vielleicht maßen die Menschen auf lokaler Ebene den Wahlen nicht die notwendige Bedeutung zu), wichtiger sei jedoch die Umsetzung der Gesetze und angemessene Unterstützung für die Minderheiten. Die in den entsprechenden Dokumenten für die Rückkehr der Flüchtlinge festgesetzten Fristen seien äußerst knapp bemessen, weshalb rasches Handeln notwendig sei. Hinsichtlich der Rückgabe von Eigentum führt er aus, dass es äußerst wichtig sei, einen Entwicklungsplan für die betroffenen Regionen zu entwerfen, da der lokale Widerstand zurückzukehren teilweise auf die katastrophalen wirtschaftlichen Bedingungen in den betroffenen Regionen zurückzuführen sei. Die Regierung könne Investitionen in diesen Regionen fördern und die Beschäftigungssituation entschärfen. Er erwähnt ein Dokument des Familienministeriums, demzufolge in Serbien und Montenegro nach wie vor 12.949 rückkehrwillige Flüchtlinge leben. Hinsichtlich der Gesamtflüchtlingszahlen im ehemaligen Jugoslawien nennt er zwei verschiedene Zahlen: eine Quelle gehe von rund 190.000 Personen aus, eine andere hingegen von rund 230.000. Das Europäische Parlament sei davon überzeugt, dass das Recht auf Rückkehr ein Grundrecht sei und in diesem Zusammenhang würdige es die neue Haltung Kroatiens in dieser Frage. Dessen ungeachtet seien verlässliche Statistiken für alle Beteiligten von großer Wichtigkeit. Er erkundigt sich, mit wie vielen Rückkehrern die zuständigen kroatischen Stellen rechnen würden, um eine aktive Reintegrationspolitik angemessen vorzubereiten und die notwendigen wirtschaftlichen Grundvoraussetzungen zu schaffen. Auch wenn sich nicht alle wieder in Kroatien niederlassen wollten, sei es wichtig zu wissen, wie viele Personen eine vollständige Rückgabe ihres Eigentums fordern könnten.

Frau Pack ist ebenfalls der Meinung, dass es notwendig sei, verlässliche Informationen auf Grundlage der vielen verschiedenen Zahlen zu gewinnen, die nicht immer die tatsächlich wichtigen Angaben wiedergäben. Zudem sei es von großer Wichtigkeit zu wissen, wie viele Personen tatsächlich nach Kroatien zurückkehren wollen. Hinsichtlich der von der Regierung in jüngster Zeit festgelegten Fristen führt sie aus, dass kurze Fristen auf jeden Fall besser seien als keine Fristen.

Abschließend erkundigt sie sich, welche Maßnahmen auf lokaler Ebene zur Unterstützung der Rückkehrer getroffen worden seien, insbesondere in Zadar, Knin und anderen Städten. Auf diese Frage solle nach Möglichkeit ein Vertreter der Liberalen Demokratischen Gemeinschaft Kroatiens (HDZ) antworten.

Herr Lisi sagt, dass die jüngsten Abkommen zwischen dem Premierminister und den Minderheiten wohlwollend zur Kenntnis genommen worden seien, wobei diese Tatsache sowohl für Kroatien selbst, als auch für internationale Beobachter eine große Rolle spiele. Insbesondere hinsichtlich der italienischen Minderheit ist er der Auffassung, dass die Regierung nicht nur ihren Verpflichtungen im Rahmen einer möglichen Rückkehr, sondern z.B. auch auf dem Gebiet von Eigentumsentschädigungen der sogenannten „Esuli“ nachkommen müsse. Im Zuge weiterer Ausführungen zu den Wahlen der Minderheitenvertreter innerhalb der lokalen Selbstverwaltung führt er aus, dass es in einigen Fällen nicht nur viele Nichtwähler gegeben hätte, sondern die Wahlen regelrecht boykottiert worden seien!

Herr Pupovac bedauert feststellen zu müssen, dass keine verlässlichen Zahlen zu möglichen Rückkehrern verfügbar wären und es zudem unmöglich wäre in diesem Zusammenhang Angaben zu finden, denen sowohl Zagreb, als auch Belgrad zustimmen würden. Deshalb sei es zweckmäßiger, sich auf die Frage zu konzentrieren, mit welchen Unterstützungsmaßnahmen die Rückkehrer rechnen könnten. Er ist der Auffassung, dass die amtierende Regierung ein ehrgeiziges Programm auf den Weg gebracht habe, dass zudem als Test für die Regierung bei der Lösung anderer dringlicher Probleme in Kroatien dienen könne, wie z.B. der Anwendung

des Gesetzes zur Rückgabe von Eigentum. Gleichzeitig beobachte er bei der Regierung manchmal Bestrebungen, die Regierungsgewalt überall im Land unmittelbar ausüben zu wollen. Hinsichtlich der Frage von Herrn Lisi stellt er erfreut fest, dass die italienische Minderheit sich an den Wahlen vom 15. Februar beteiligt habe, was bei den Wahlen im Mai 2003 nicht der Fall gewesen sei.

Frau Pack sagt, dass sich nach ihrer Rückkehr aus Bosnien und Herzegowina viele Menschen erkundigt hätten, wie die Rückkehr von Kroaten aus der Republik Serbien gegenwärtig voranschreite. In diesem Zusammenhang fordert sie die neue kroatische Regierung dazu auf, ein Abkommen mit Bosnien und Herzegowina auf den Weg zu bringen, um so einen konstruktiven Dialog zu beginnen.

5. Die Wirtschaftslage in Kroatien

Herr Juric trägt verschiedene Statistiken vor und unterstreicht zufrieden, dass Kroatien in den vergangenen vier Jahren ein steigendes Bruttoinlandsprodukt aufweise (1999: 0%, momentan: 4%) und eine der niedrigsten Inflationsraten in Europa habe (rund 2%). Dies beweise, dass die kroatische Wirtschaft sich gegenwärtig nach von den Problemen während der Übergangsperiode gut erhole. Die kroatische Wirtschaft sei die Wirtschaft eines kleinen Landes und vor allem dienstleistungsorientiert und offen, zudem sei Kroatien Mitglied der WTO und der CEFTA. Die Auswirkungen der Desintegration Jugoslawiens seien allerdings immer noch spürbar, so müsse Kroatien gegenwärtig seine Waren aus dem Ausland einführen, was oft umfangreiche und teure Importe zur Folge hat (allein im Jahr 2003 mehr als 30 Milliarden Dollar). Andererseits exportiere Kroatien vergleichsweise wenig (weniger als 6 Milliarden Dollar), was zu einem großen Außenhandelsdefizit geführt habe. Dem stehe jedoch ein Überschuss im Fremdenverkehrs und im Transportbereich gegenüber.

Ein weiterer aussagekräftiger Indikator sei die Arbeitslosigkeit, die gegenwärtig bei 19% liege. Nach Angaben der Internationalen Arbeitsorganisation, deren Statistik andere Kriterien zugrunde liegen, betrage sie jedoch nur 15%. Hinsichtlich der Auslandsverschuldung seien die Zahlen nicht besonders beunruhigend, da Kroatien die Transformationsphase noch nicht abgeschlossen habe. Darüber hinaus habe Kroatien Währungsreserven in Höhe von 8 Milliarden Dollar angelegt. Bei seinen Ausführungen zum wirtschaftlichen Umbau führt er aus, dass Kroatien den Umbau des Energiesektors beinahe vollendet habe (Privatisierung der staatlichen Mineralölunternehmens INA, Aufteilung der Kroatischen Elektrizitätswerke in drei Gruppen) und nennt einige der wichtigsten aktuellen Privatisierungsmaßnahmen (z.B. im Metallurgiesektor die Firma SISAK, die Modernisierung des Aluminiumwerks in Sibenik, Umbau der Firma „Djuro Djakovic“). Die größten Probleme gebe es jedoch im Agrarsektor (Firma Belje, IPK Osijek und andere) die in einzelne Teile zerlegt und privatisiert werden müssten.

Im Schiffbau sei die Umstrukturierung einiger Konzerne notwendig, doch zunächst müssten diese in wirtschaftlicher Hinsicht effektiver werden. Im Fremdenverkehrsbereich müsse Kroatien sein Potential noch voll ausschöpfen, da die Privatisierung dieses Sektors noch nicht vollendet sei. Der Fremdenverkehr habe für Kroatien strategische Bedeutung, da er vielen Menschen ein besseres Leben ermögliche.

Die noch nicht abgeschlossene Reform des Bankensektors verlange, wie auch die Rentenreform, große Anstrengungen.

Abschließend stellt er fest, dass die Rückkehr der Flüchtlinge selbstverständlich eng mit der Verbesserung der wirtschaftlichen Lage verbunden sei. Kroatien müsse seine Wirtschaftspolitik neu ausrichten und seine regionale Wirtschaft in eine nationale Wirtschaft innerhalb der EU transformieren. Es beständen zudem gute Aussichten, dass die kroatische Wirtschaft in Zukunft weiter wächst und die Arbeitslosigkeit sinkt.

Herr Mastorakis bedauert es, dass er einige beunruhigende Zahlen zur Arbeitslosigkeit und zur schlechten Situation der Flüchtlinge nennen müsse. Er unterstreicht ebenfalls, dass sich die meisten Banken in ausländischem Besitz befinden würden, was Probleme nach sich ziehen könne. Einsparungen bei den öffentlichen Ausgaben, zum Beispiel bei der Armee, seien vom IWF angemahnt worden. Hinsichtlich der Investitionen zeigt er sich besorgt darüber, ob die Investitionen für Kroatien ausreichend seien, z.B. im Agrarsektor oder für brachliegende Flächen. Zusätzlich werde die wirtschaftliche Entwicklung von der Bürokratie und einer schwerfälligen öffentlichen Verwaltung gebremst. Rechtssicherheit, Eigentumsrechte und Privatisierung seien weitere Gebiete, in denen zusätzliche Anstrengungen erforderlich sind. Ausländische Investitionen würden noch immer nur spärlich nach Kroatien fließen. Doch trotz all diese Problempunkte verfüge Kroatien zweifelsohne über die stärkste Wirtschaftskraft aller Länder des westlichen Balkans. Der Gipfel von Thessaloniki habe klare und ermutigende Signale in Richtung Kroatien gesandt und die griechische Ratspräsidentschaft habe den kroatischen Antrag auf eine Mitgliedschaft in der EU positiv aufgenommen.

Es beständen in der Tat gute Voraussetzungen für wirtschaftliches Wachstum in der Region und im Idealfall könne ein zusammenhängender Raum wirtschaftlicher Entwicklung geschaffen werden, der von Kroatien bis nach Griechenland reicht. Nichtsdestotrotz gebe es nach wie vor einige „schwarze Löcher“ wie z.B. Montenegro und Albanien. Dem transeuropäischen Korridor in der Region komme eine herausragende Rolle bei der wirtschaftlichen Entwicklung zu.

Frau Pack findet es ungerecht, die neue Regierung für Probleme verantwortlich zu machen, die bereits existierten, als sie noch nicht im Amt war. Sie bittet die Mitglieder des kroatischen Parlaments, Angaben zum Privatisierungsprozess zu machen, der ihrer Ansicht nach eine Schlüsselrolle spielt, sowie zur Einkommenssituation, insbesondere zu den hohen Preisen, die in keinem Verhältnis zu den gegenwärtigen Löhnen stehen, und zu den Flugverbindungen, die nicht ideal sind.

Herr Jurcic antwortet auf die Frage von Herrn Mastorakis und sagt, dass es in Kroatien keine brachliegenden Flächen gebe, da aus Kostengründen alle verfügbaren Flächen genutzt würden. Der kroatische Durchschnittslohn betrage zwischen 400 und 700 Euro monatlich. Für ihn ist der Umstand, dass sich viele kroatische Banken in ausländischer Hand befinden, nicht problematisch. Die meisten Probleme resultierten aus Fehlern bei der Privatisierung in den 1990er Jahren, Kroatien benötige allerdings dringend Standortvorteile, um ausländische Investitionen anzuziehen. Er wolle außerdem betonen, dass Schritte in die richtige Richtung unternommen worden seien. Er stimmt damit überein, dass die Preise bei der Unterbringung von Touristen ziemlich hoch seien, doch die Nachfrage sei bislang sehr begrenzt gewesen! Für kroatische Bürger seien solche Preise allerdings zu hoch. Abschließend stimmt er mit Frau Pack darin überein, dass die Flugpläne in Kroatien nicht immer den tatsächlichen Anforderungen entsprechen würden, da es Probleme im organisatorischen Bereich gebe.

Frau Pack wiederholt, dass es auch während der Ferienzeit viel zu wenig Flüge von und nach Kroatien gebe und fordert die zuständigen Stellen auf, die Situation zu verbessern.

Herr Mimica erinnert daran, dass die kroatische Fluggesellschaft „Croatian Airline“ lediglich über zehn Flugzeuge verfügt und deshalb nicht in der Lage sei, das bestehende Angebot zu erweitern und Kroatien erst 2006 die Möglichkeit haben werde, neue Flugzeuge zu erwerben. Er erwähnt ebenfalls das Open-Sky-Abkommen, das es Kroatien im Falle einer Mitgliedschaft in der EU gestatten würde, die Kapazitäten anderer europäischer Luftfahrtgesellschaften mit zu nutzen. Er bittet seine Kollegen zu berücksichtigen, dass bei der Diskussion über die wirtschaftliche Lage in Kroatien auch berücksichtigt werden müsse, dass auch der EU-Markt unter Druck stehe. Die kroatische Gesetzgebung werde mit den rechtlichen Normen der EU immer weiter in Einklang gebracht und die Marktwirtschaft funktioniere immer besser. Die Privatisierung habe bislang nicht vollständig abgeschlossen werden können, weil Kroatien immer noch Probleme lösen müsse, die ihren Ursprung in der Zeit nach dem Krieg haben. Doch die wichtigste Tatsache bestehe darin, dass die kroatische Wirtschaft immer wettbewerbsfähiger wird, was vor allem im Hinblick auf die Kriterien von Kopenhagen von immenser Wichtigkeit sei. Bezugnehmend auf die Ausführungen von Herrn Mastoraki über einen zusammenhängenden Raum wirtschaftlicher Entwicklung bekräftigt er, dass Kroatien selbstverständlich ein Teil dieses Raumes sein wolle und seine Wirtschaft verstärkt auf die EU ausrichten möchte, doch müsse Kroatien Rohstoffe aus dem Ausland einführen, wobei auch Importe aus Staaten realisiert würden, die nicht der EU angehören. Er erinnert daran, dass es in der Vergangenheit zu einigen Schwierigkeiten bei der Umsetzung des vorläufigen Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens gekommen sei. So sei Kroatien beispielsweise beschuldigt worden, das Abkommen im Jahr 2001 beim Import von Zucker verletzt zu haben, da der Herkunftsort der Erzeugnisse nachvollziehbar sein muss. Ein weiterer problematischer Aspekt resultiere daraus, dass Kroatien noch nicht in der Lage sei, sein Exportpotential vollständig auszuschöpfen. So nutze Kroatien gegenwärtig lediglich 40% seines Potentials.

Frau Pack erkundigt sich, warum Kroatien Rohstoffe aus Staaten importiere, die nicht Mitglied der EU sind, und um welche Staaten es sich hierbei handelt.

Herr Mimica antwortet, dass die Ursache in den Zollbestimmungen zu suchen ist. Entsprechend der Bestimmungen des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens müsse jedes Erzeugnis aus Rohstoffen aus Kroatien oder der Europäischen Union gefertigt werden. Bis zu einem gewissen Grad könnten die Rohstoffe auch aus europäischen Staaten stammen, die nicht Mitglied der EU sind, aber der WTO angehören. Sollte Kroatien alle seine Rohstoffe aus Staaten wie China, Indien oder Pakistan importieren, kann es bei Exporten in die EU nicht von den entsprechenden Zollerleichterungen profitieren.

Frau Pack erkundigt sich nachdrücklich, warum Kroatien seine Rohstoffe aus solchen Ländern bezieht.

Herr Juric bestätigt, dass das Problem im europäischen System der Ursprungskumulierung liege, das z.B. Ungarn und Polen einschließt: Auch wenn Kroatien seine Rohstoffe oder vorgefertigten Waren aus EU-Mitgliedstaaten beziehen würde, käme es nicht in den Genuss von Zollerleichterungen, da Kroatien kein Teil des Systems der Ursprungskumulierung ist.

Deshalb würde Kroatien, das nur ein kleines Land ist, seine Roh- und Grundstoffe aus Kostengründen von nichteuropäischen Staaten kaufen.

Herr Jandrokovic sagt, dass die Regierung kleine und mittelständische Unternehmen ermutigen wolle, in erster Linie müsse jedoch in der Wirtschaft ein neues Klima geschaffen werden, z.B. durch die Gewährung von Sonderdarlehen bei Unternehmensgründungen, die Beseitigung bürokratischer Hürden und eine effizientere Justiz.

Herr Zubovic bittet die Mitglieder des EP im Rahmen seiner Ausführungen zur Verkehrspolitik darum zu berücksichtigen, dass im Straßenbau bereits gewaltige Investitionen getätigt wurden. So werde beispielsweise in Kürze die Autobahnstrecke nach Split eröffnet.

Herr Lisi ruft die Mitglieder des kroatischen Parlaments dazu auf, bei der Verkehrspolitik vor allem regionale Gesichtspunkte zu berücksichtigen, statt in einzelstaatlichen Dimensionen zu denken. Die Adria solle dabei als ein einheitliches Verkehrsnetz dienen.

Hinsichtlich der ausländischen Investitionen sagt er, dass die größten Probleme in diesem Bereich aus der Unzuverlässigkeit des Systems der Inventarisierung von Eigentum („Kataster“) und den bestehenden Rechtsunsicherheiten resultieren würden.

6. Regionale Zusammenarbeit und ungelöste Fragen mit Nachbarländern

Herr Jandrokovic führt ins Thema ein und unterstreicht dabei, dass die kroatische Regierung bestrebt ist, mit allen Staaten der Region gute Beziehungen zu unterhalten und dass ein politischer Konsens darüber bestehe, dass sowohl die Souveränität jedes Staates, als auch das internationale Recht und internationale Abkommen respektiert werden müssen. Dann geht er auf die Beziehungen zu den Nachbarländern ein. In den Beziehungen zu Slowenien gebe einige ungelöste Probleme, die zum großen Teil ein Erbe des ehemaligen Jugoslawien sind, doch beide Seiten bemühten sich um eine Lösung. Vor kurzem sei ein Treffen der beiden Außenminister organisiert worden, auf dem ein „gutes Klima“ geherrscht habe. Italien sei für Kroatien in verschiedenen Bereichen ein wichtiger Partner. Unlängst hätten sich die beiden Premierminister Berlusconi und Sanader dazu entschlossen, den Weg eines konstruktiven Dialogs zu beschreiten, der auf höchster Ebene fortgeführt werden soll und in dessen Rahmen vor allem die Möglichkeit von Vereinbarungen zu Fragen des Fischfangs und des Umweltschutzes geklärt werden sollen. Hinsichtlich der Beziehungen zu Bosnien und Herzegowina bestehe unter den verschiedenen politischen Parteien ein Konsens. Die Entwicklung der Beziehungen müsse mehr in die Tiefe gehen, wobei die Souveränität Bosniens und Herzegowinas ohne Vorbehalte respektiert werden müsse. Was Serbien und Montenegro betrifft, so hoffe Kroatien, dass Serbien und Montenegro alle Verpflichtungen im Bereich der Menschenrechte und Rechtstaatlichkeit achten werde. Um ein Zeichen des guten Willens zu setzen, hätten sich beide Seiten dazu entschlossen, untereinander die Visumpflicht abzuschaffen. Dennoch bereite Kroatien das Problem des Menschenhandels, gegen das entschiedener vorgegangen werden müsse, einige Sorgen. Die Beziehungen zu Mazedonien seien frei von Problemen.

Herr Lisi stellt fest, dass es in den Beziehungen zu Serbien und Montenegro in den vergangenen fünf Jahren zu spürbaren Verbesserungen gekommen sei und dass diese Feststellung in gewisser Weise auch auf die Beziehungen zu Bosnien und Herzegowina zutrifft. Leider sei dieser positive Eindruck durch die unilaterale Entscheidung Kroatiens getrübt worden, in der Adria eine Fischereizone für sich zu beanspruchen und er frage sich, warum sich

Kroatien bei seiner angestrebten europäischen Integration selbst derartige Hindernisse bereitet. Er räumt zwar ein, dass mit dieser Entscheidung keine internationalen Bestimmungen verletzt würden, wodurch sich die Lage tatsächlich jedoch nur noch komplizierter gestalte, da Kroatien vorsätzlich eine juristische „Wunde“ in den Kriterien von Kopenhagen provoziert habe! Für außenstehende Beobachter sei es schwierig, die Haltung Kroatiens in dieser Frage zu verstehen. Das Prinzip des Multilateralismus sei eines der tragenden Elemente der gesamten EU und in diesem Zusammenhang habe Kroatien mit dieser Entscheidung keine Sympathien erworben. Er unterstreicht, dass er damit den Standpunkt des Europäischen Parlaments vertrete und nicht etwa nur seine persönlichen Ansichten deutlich mache. Dennoch begrüße das EP die Tatsache, dass mit den Nachbarstaaten diesbezügliche Gespräche begonnen worden seien und hoffe, dass eine für alle Seiten befriedigende Lösung dieses Problems gefunden werden könne. Obwohl diese unilaterale Entscheidung auf die Vorgängerregierung und das alte Parlament zurückgehe, ruft er seine kroatischen Kollegen nachdrücklich dazu auf, ihre Anstrengungen zu intensivieren und vor dem 1. Mai 2004 eine Lösung zu finden.

Bei seinen Ausführungen zu den italienisch-kroatischen Beziehungen erinnert er daran, dass in Istrien ein Vereinbarungsprotokoll zwischen beiden Seiten unterzeichnet worden sei.

Frau Pack sagt, dass das EP Kroatien keinesfalls drohen wolle und erinnert daran, dass es seit vielen Jahren einige ungelöste Probleme mit den Nachbarstaaten gebe, so z.B. mit Slowenien in der ungelösten Frage der Grenzziehung bei Ljublianska Banka. Es sei jedoch auch notwendig, in diesen Fragen Verständnis für den kroatischen Standpunkt aufzubringen. Zur Schlichtung des Streits über den Grenzverlauf in der Piraner Bucht werde nun voraussichtlich ein internationales Schiedsgericht einberufen. Hinsichtlich des Fischfangs in der Adria weist sie darauf hin, dass einigen Quellen zu entnehmen sei, dass die italienischen Fischer zu viele Kapazitäten abfischen würden und es deshalb dringend geboten sei, eine Lösung zwischen den drei beteiligten Ländern zu finden. Sie erinnert daran, dass das EP mit seiner Entschließung vom November 2003 der kroatischen Seite bereits ein politisches Zeichen gegeben habe, dem vielleicht ein weiteres in der Schlusserklärung dieses interparlamentarischen Treffens folgen werde.

Herr Lisi stellt klar, dass er niemanden drohen wolle, sondern der kroatischen Seite lediglich einen freundschaftlichen politischen Rat erteilen möchte.

Herr Doric erinnert daran, dass auch die lokalen Behörden zur Lösung dieser Probleme beitragen müssen. Viele Probleme, die auf dem aktuellen interparlamentarischen Treffen thematisiert werden, seien auf der lokalen Ebene bereits gelöst worden. Deshalb sei es ratsam, den Prozess der Dezentralisierung in Kroatien weiter voranzubringen und die Möglichkeiten der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit voll auszuschöpfen, z.B. durch die Einrichtung von Euroregionen.

Das Treffen wird um 18.30 unterbrochen und am nächsten Tag,
dem 18. Februar 2004, um 9.15 Uhr wieder aufgenommen.

7. Die Zusammenarbeit Kroatiens mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien

Herr Jurica möchte unterstreichen, dass Kroatien die Zusammenarbeit mit dem ISTGHJ als eine vorrangige Aufgabe betrachte und den Dialog entsprechend der verfassungsrechtlichen Richtlinien über die Zusammenarbeit mit dem Tribunal fortsetzen werde. Hierbei handele es sich um die Auseinandersetzung mit juristischen Fragestellungen und jegliche Politisierung des Problems müsse vermieden werden. Die Regierung habe in diesem Zusammenhang bereits einige wichtige Schritte unternommen und es sei bekannt, dass bald zwei weitere Anklageschriften folgen würden. Die durchgeführten Reformen hätten es bereits möglich gemacht, einige Verfahren an kroatische Gerichte zu übergeben. Er erwähnt den vor kurzem erfolgten Aufruf des stellvertretenden Premierministers, in dem dieser General Gotovina dazu auffordert, sich dem ISTGHJ zu stellen und in Den Haag zu den gegen ihn erhobenen Anschuldigen Stellung zu nehmen. Der Premierminister habe auch jüngst erklärt, dass der Chefankläger in einem Interview gegenüber dem kroatischen Fernsehen gesagt habe, das wichtigste Ziel bestehe im Erreichen einer fairen Zusammenarbeit.

Frau Pack erkundigt sich, wie der Rat für die Zusammenarbeit mit dem ISTGHJ zusammengesetzt sei. Außerdem möchte sie insbesondere wissen, ob dessen Mitglieder unabhängig sind.

Herr Jurica antwortet, dass der Justizminister den Vorsitz des Rates übernommen habe. Die weiteren Mitglieder des Rates seien der Außenminister, der Innenminister, der Verteidigungsminister, ein Rechtsprofessor der juristischen Fakultät der Universität Zagreb, ein stellvertretender Minister und ein Rechtsanwalt.

Frau Pack erkundigt sich, wie die kroatische Öffentlichkeit reagiert habe, als das Gericht von Rijeka die tragischen Ereignisse untersuchte, die sich 1991 in Gospic abspielten, und die Angeschuldigten zu relativ langen Haftstrafen verurteilte. Ferner führt sie aus, dass andererseits nur sehr wenige Verfahren in Den Haag Kroaten betreffen würden. Es gebe zwei Hauptfälle und sie bittet diesbezüglich um nähere Informationen.

Herr Jurica sagt, dass er diesbezüglich über keine näheren Informationen verfügen würde und dass der Chefankläger bald zwei neue Anklageschriften veröffentlichen werde, er persönlich jedoch keine Namen oder weitere Details kennen würde.

Frau Pack erkundigt sich nach den Befindlichkeiten innerhalb des kroatischen Parlaments in Anbetracht der Tatsache, dass die Niederlande und das Vereinigte Königreich es ablehnen, das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen zwischen der EU und Kroatien zu ratifizieren, da die kroatische Seite offenbar nicht in der Lage ist, General Gotovina festzunehmen und nach Den Haag zu überstellen. Sie erwähnt in diesem Zusammenhang einen Beitrag, der am 4. Februar 2004 in der französischen Tageszeitung „Le Monde“ veröffentlicht wurde und demzufolge General Gotovina unter dem Schutz gewisser französischer Kreise stehe, da er früher der Fremdenlegion angehört und auf diese Weise auch einen französischen Pass erhalten habe. In einem Interview gegenüber der Zeitung „Slobodna Dalmacija“ sagte General Gotovinas Rechtsanwalt, dass sich General Gotovina dem ISTGHJ nicht als Angeschuldigter stellen werde, sondern zunächst als Verdächtigter seine Zeugenaussage in Zagreb machen wolle. Sie erinnert

daran, dass im Verlauf des 11. Interparlamentarischen Treffens, das 2003 in Zagreb stattfand, eine längere Aussprache über die Zusammenarbeit Kroatiens mit dem IStGHJ geführt worden sei und dass Herr Tomac die Teilnehmer ausführlich über die kroatische Haltung zu diesem Thema informiert habe.

Herr Jurica sagt, dass leider keine genauen Angaben über Verfahren verfügbar seien, die in Kroatien im Zusammenhang mit den während des Zerfalls Jugoslawiens verübten Verbrechen geführt würden.

Frau Pack unterstreicht, dass das Europäische Parlament von der kroatischen Seite vollständige Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit dem IStGHJ erwarte und erinnert in diesem Zusammenhang an die Versprechen von Außenminister Zuzul, der jüngst vor dem Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten gesprochen habe.

8. Umsetzung des SAA und die Zukunftsperspektiven für den Beitritt Kroatiens zur Europäischen Union.

Herr Mimica erinnert daran, dass 2004 bereits das dritte Jahr der Umsetzung des vorläufigen Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens sei. Es sei ursprünglich davon ausgegangen worden, dass sechs Jahre vergehen würden, ehe die ideale „Arbeitsgeschwindigkeit“ erreicht werde, doch Kroatien habe es geschafft, bereits nach den ersten beiden Jahren 80% der erforderlichen Maßnahmen auf den Weg zu bringen und diesen Wert bis 2003 auf 97% zu erhöhen. Doch Reformen würden in Kroatien nicht allein deshalb vorangebracht, um das SAA umzusetzen oder sich auf eine Mitgliedschaft in der EU vorzubereiten, sondern mit dem Ziel, den kroatischen Bürgerinnen und Bürgern ein „besseres Leben in einem besseren Kroatien“ zu ermöglichen. Dabei seien die Reformen in erster Linie wirtschaftlicher Natur. Er erwähnt, dass bislang drei Mitgliedstaaten der EU das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen nicht ratifiziert hätten: die Niederlande, das Vereinigte Königreich und Italien. Er sagt diesbezüglich, dass im Falle einer weiteren Verzögerung des Assoziierungsprozesses Kroatien sicherlich unter den damit verbundenen negativen Folgen zu leiden haben werde, wie z.B. politischer und wirtschaftlicher Rezession. Er möchte unmissverständlich klar machen, dass die kroatische Regierung ihre Rolle und Verantwortung im Assoziierungsprozess vollständig versteht, wie auch die Bedeutung des kroatischen Beispiels für die gesamte Region. Die Regierung wolle ihre unumstößliche Unterstützung für den Assoziierungsprozess unter Beweis stellen und ihre Politik nach den Kriterien und Standards der EU ausrichten. Die europäische Integration sei eine der vorrangigen Aufgaben und der SAP ein wichtiger Teil dieser Aufgaben. Deshalb sei er froh, dass die neue kroatische Regierung nicht die Fehler wiederholt habe, die Hayder und Mecjar in Österreich und der Slowakei begangen haben. Die eindeutige Ausrichtung der Politik der neuen kroatischen Regierung in Richtung Europa sei im kroatischen Parlament im Rahmen gründlicher Aussprachen mit dem Ausschuss für internationale Angelegenheiten und dem Ausschuss für europäische Integration ausführlich diskutiert und geprüft worden. Für das Jahr 2004 habe die Regierung einen präzisen Plan zur europäischen Integration ausgearbeitet und mehr als 50 Gesetze verabschiedet. Kroatien habe sich zudem dazu entschieden, über seine vertraglichen Verpflichtungen im Rahmen des SAA mit der EU hinauszugehen und mit der Angleichung des kroatischen Rechts an alle 30 Kapitel des gemeinschaftlichen Besitzstands zu beginnen. Darüber hinaus wolle Kroatien seinen Plan im Juni 2004 im Hinblick auf die europäische Partnerschaft

noch einmal überarbeiten, was von der Kommission als eine Art „obligatorische Richtlinie“ von Kroatien erwartet werde. Er sieht keine größeren Probleme bei der Angleichung des kroatischen Justizsystems oder des Wirtschaftssystems an die EU-Kriterien. Was die politischen Kriterien betreffe, so müsse sich Kroatien auf die Zusammenarbeit mit dem IStGHJ konzentrieren. Im allgemeinen habe Kroatien beispielsweise im Zusammenhang mit der Umsetzung oder den Verordnungen viel Arbeit vor sich und würde in großem Umfang finanzielle Heranführungshilfe seitens der EU benötigen. Er verleiht seiner großen Hoffnung Ausdruck, dass Kroatien Mitte 2004 der Kandidatenstatus zuerkannt wird und dass Ende des Jahres die Beitrittsverhandlungen beginnen können, so dass Kroatien 2007 Mitglied der EU wird.

Herr Baltas ist zufrieden darüber, dass das aktuelle interparlamentarische Treffen es allen gestatten würde, die Lage in Kroatien und die spezifischen Schwierigkeiten der Beziehungen zwischen der EU und Kroatien besser zu verstehen. Dank des vorläufigen Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens habe Kroatien bereits wichtige Hürden genommen, was auch nach dem in Kraft treten des eigentlichen Abkommens positive Auswirkungen haben würde. Dieser Umstand sei von der Kommission entsprechend gewürdigt worden. Momentan bereite das Europäische Parlament einen Kroatien-Bericht vor, was ungewöhnlich sei, da die Kommission ihre Stellungnahme noch nicht vorgelegt habe. Dieser Schritt sei als eine Bekräftigung des Interesses des EP an Kroatien zu verstehen. Er versichert, dass das Europäische Parlament in seinem Bericht sehr streng sein würde. Es sei zwar offensichtlich, dass Kroatien große Fortschritte gemacht habe, doch weitere Anstrengungen seien trotzdem noch dringend notwendig, um die gesteckten Ziele so schnell wie möglich zu erreichen. Das EP erwarte auch, dass zufriedenstellende Ergebnisse im Rahmen des Dialogs zwischen Kroatien, Italien und Slowenien erreicht würden. Er hoffe auch, dass er weitere Möglichkeiten haben werde, sich so oft wie möglich mit Mitgliedern des kroatischen Parlaments zu treffen und dass sich im Verlauf dieser Treffen herausstellt, dass für einige der anstehenden Fragen eine Lösung in greifbare Nähe gerückt sei.

Frau Pack teilt die Ansichten von Herrn Mimica hinsichtlich der guten Ergebnisse, die Kroatien bei der Umsetzung des vorläufigen Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens erreicht habe und erinnert daran, wie wichtig es ist, Lösungen für besondere regionale Probleme zu finden, die von allen beteiligten Seiten getragen werden. Sie macht ihre kroatischen Kollegen darauf aufmerksam, dass, was die Aufnahme neuer Mitglieder angeht, das Klima innerhalb der EU immer „kälter“ werde. Dies sei darauf zurückzuführen, dass viele Menschen im Zusammenhang mit der Erweiterung nur die damit verbundenen Schwierigkeiten sehen würden. Deshalb sei es für Kroatien bei seinen Anstrengungen von großer Wichtigkeit, alle anstehenden Probleme erfolgreich zu lösen.

Sie erinnert daran, dass im Rahmen der Konferenz von Budapest, an der sowohl der Präsident des Europäischen Parlaments als auch die Parlamentspräsidenten derjenigen Staaten, die am Erweiterungsprozess beteiligt sind, sowie die Parlamentspräsidenten der Länder des westlichen Balkans teilnahmen, unterstrichen worden sei, dass von der Behandlung des kroatischen Antrags auf eine Mitgliedschaft in der EU wichtige Signale für andere Länder der Region ausgehen würden.

Sie ist überzeugt davon, dass zwischen dem Ratifizierungsprozess des SAA und der Stellungnahme der Kommission eine feste Verbindung besteht und sie ruft die anderen Mitglieder dazu auf, Druck auf jene Parlamente und Regierungen auszuüben, die das Verfahren bislang noch nicht abgeschlossen haben.

Baroness Ludford entschuldigt sich für ihre Verspätung und nachdem sie um Erlaubnis gebeten hat, noch einmal zu Punkt 7 der Tagesordnung zurückzugehen, sagt sie, dass sie zwar nicht für die britische Regierung sprechen könne, trotzdem aber nicht glaube, dass das Vereinigte Königreich seine Haltung hinsichtlich der Ratifizierung des SAA in naher Zukunft ändern werde, da es bislang keine eindeutigen Belege dafür gebe, dass Kroatien wirklich mit dem IStGHJ zusammenarbeite.

Herr Mimica glaubt, dass es, wenn er einige Erklärungen von Kommissar Patten richtig verstanden habe, keine juristischen Verbindungen zwischen der Ratifizierung des SAA und der Entscheidung der EU gebe, Kroatien den Kandidatenstatus zuzuerkennen. Es sei allerdings wichtig, diejenigen Staaten, die das SAA noch nicht ratifiziert haben, davon zu überzeugen, ihre Vorbehalte aufzugeben.

Baroness Ludford betont, dass die Zusammenarbeit mit dem IStGHJ ein juristisches, und kein politisches Problem sei. Für den Prozess der EU-Erweiterung sei es unabdingbar zu gewährleisten, dass jeder potentielle Beitrittskandidat die geforderten Standards und die für die Aufnahme der Beitrittsverhandlungen notwendigen Fortschritte erreichen könne. Dem sollten alle Mitgliedstaaten der EU zustimmen und gemeinsam handeln.

Herr Mimica stellt fest, dass die Zusammenarbeit mit dem IStGHJ ein juristisches Problem ist.

Herr Doric sagt, dass es gut sein würde, das „Gospic-Verfahren“ einem kroatischen Gericht, z.B. dem in Rijeka, zu übergeben, da die Menschen im Falle eines Prozesses in Den Haag unwillkürlich die Angeklagten, insbesondere General Norac, unterstützen würden.

Herr Pupovac ist davon überzeugt, dass Kroatien mit dem IStGHJ besser zusammenarbeiten muss, weiß aber nicht wie dies geschehen soll. Leider seien die diesbezüglichen Bemühungen zu Beginn der Amtszeit der Regierung Racan teilweise zum Erliegen gekommen und momentan bestehe wieder eine solche Gefahr. Die Zusammenarbeit mit dem IStGHJ beschränke sich nicht nur auf den Fall General Gotovina, sondern es sei auch wichtig zu überprüfen, ob kroatische Gerichte in der Lage sind, Kriegsverbrecher abzuurteilen. Deshalb müssten die nationalen Gerichte gestärkt werden.

Bezugnehmend auf Punkt 8 der Tagesordnung sagt er, dass der Enthusiasmus für künftige Erweiterungen merklich zurückgegangen sei, was nicht nur auf die momentanen Mitglieder, sondern auch auf die Beitrittsländer zutrifft.

Herr Swoboda bittet die Anwesenden zu bedenken, dass die Kriterien für einen EU-Beitritt feststehen würden und keinesfalls von Fall zu Fall neu festgelegt würden, was z.B. auch auf Kroatien zutrifft. In diesem Zusammenhang ruft er seine kroatischen Kollegen dazu auf, den Beitrittsprozess Rumäniens und Bulgariens aufmerksam zu verfolgen, dessen Verlauf völlig offen sei. So überdenke das Europäische Parlament zum gegenwärtigen Zeitpunkt sehr strenge Zusatzkriterien hinsichtlich der Beitrittsfähigkeit Rumäniens. Natürlich würde die Haltung der EU gegenüber Kroatien sehr davon abhängen, wie die EU die Aufnahme der zehn neuen Mitglieder und das komplizierte Problem der Zweiteilung Zyperns verkraftet. Es gebe zwar eine positive Haltung gegenüber Kroatien, doch müsse Kroatien damit rechnen, dass bestimmte

Maßnahmen sehr streng bewertet würden, vielleicht sogar strenger, als dies bei anderen Staaten der Fall war. Dieser Umstand sollte nicht vergessen werden.

Herr Pupovac sagt, dass die Mitglieder des kroatischen Parlaments nicht an diesem Treffen teilnehmen würden, um möglicher Kritik vorzubeugen oder um Erleichterungen bei der Erfüllung der Beitrittskriterien zu erwirken. Sie seien vielmehr hier, um zu sehen, auf welche Art und Weise sie am besten mit dem EP zusammenarbeiten können, um Lösungen für die anstehenden Probleme zu finden.

Frau Pack fordert ihre kroatischen Kollegen dazu auf, stolz auf die großen Leistungen im Rahmen der Angleichung an den gemeinschaftlichen Besitzstand zu sein. Darüber hinaus versichert sie, dass das EP möchte, dass Kroatien diesen Weg weiter geht.

Hinsichtlich der Zusammenarbeit mit dem IStGHJ ist sie der Meinung, dass sich General Gotovina dem Gericht stellen sollte, wenn er gewillt ist, sich als guter Bürger zu präsentieren. Sein Fall verlangsame viele Entwicklungen, sei der Grund für zahlreiche Schwierigkeiten auf anderen Gebieten und bringe den laufenden Prozess ins stocken. Deshalb fordert sie ihre kroatischen Kollegen dazu auf, in dieser Angelegenheit alles in ihrer Macht stehende zu unternehmen. Andererseits müsse sie jedoch zugeben, dass Kroatien in anderen Fällen sehr gut mit dem IStGHJ zusammengearbeitet habe.

* * *

Die Vorsitzenden der beiden Delegationen nehmen nach einer Aussprache mit der Baroness Ludford, Herrn Swoboda, Herrn Mimica und Frau Pampaloni, als Vertreterin der Generaldirektion Relex der Europäischen Kommission eine Gemeinsame Erklärung an.

* * *

9. Verschiedenes

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

10. Zeitpunkt und Ort der nächsten Sitzung

Frau Pack kündigt an, dass es nach den Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 2004 in allen Delegationen des Europäischen Parlaments zu personellen Veränderungen kommen werde und höchstwahrscheinlich eine spezielle Delegation für die Beziehungen zu Kroatien gebildet werde, möglicherweise in Form einer Delegation beim Gemischten Parlamentarischen Ausschuss EU-Kroatien.

Das erste Treffen könne dann in Zagreb zu einem noch zu bestimmenden Zeitpunkt stattfinden.

Die Vorsitzenden der beiden Delegationen danken allen Teilnehmern des 12. Interparlamentarischen Treffens, insbesondere Herr Mimica ist sehr zufrieden darüber, dass das Treffen für die neugewählten Mitglieder des kroatischen Parlaments sehr interessant verlaufen ist und er verleiht seiner Hoffnung darüber Ausdruck, dass die konstruktive

Partnerschaft mit dem Europäischen Parlament fortgesetzt wird. Abschließend werden Dankesworte an das Sekretariat und die Dolmetscher gerichtet und die Teilnehmer bis zum nächsten Treffen verabschiedet.

* * *

Schluss der Sitzung: 10.55 Uhr

**DELTAGERLISTE/ANWESENHEITSLISTE/ΚΑΤΑΣΤΑΣΗ ΠΑΡΟΝΤΩΝ/RECORD
OF ATTENDANCE/LISTA DE ASISTENCIA/LISTE DE PRESENCE/ELENCO DEI
PRESENTI/PRESENTIELIJST/LISTA DE PRESENÇAS/LÄSNÄOLOLISTA/DELTAGARLISTA**

Til stede	Formandskabet/Vorstand/Προεδρείο/Bureau/Ufficio di Presidenza/Mesa/Puhemiehisto/J.L. Presidium: (*) PACK (1,2), SWOBODA (1), LUDFORD (2)
Anwesend	Medlemmer/Mitglieder/Μέλη/Members/Diputados/Deputes/Deputati/Leden/Deputados/jäsenet/ Ledamöter: LISI(1), MASTORAKIS (1), MAYER (1)
Παρόντες	Stedfortrædere/Stellvertreter/?ναπληρωτές/Substitutes/Suplentes/Suppleants/ Membri supplenti/Plaatsvervangers/Membros suplentes/Varajäsenet/Suppleanter:
Present	
Presentes	
Présents	
Presenti	
Aanwezig	
Läsnä	
Närvarande	
Art. 153,2	BALTAS(1,2)
Art. 166,3	
Art. 162.6 Endv. deltog/Weitere Teiln./ Συμμετείχαν επίσης/Also present Participaron igualmente/ Participaient également/ Hanno partecipato altresì/ Andere deelnemers/ Outros participantes/ Muut osallistujat/ Dessutom deltog	
(Dagsorden/Tagesordnung Pkt/Ημερήσια Διάταξη Σημεί/Point OJ/Punto OG/Agenda Punt/Ordem do dia- punto/punto orden del dia/ Esityslista Kohta/Föredragningslista punkt):	

* (P) = Formand/Vorsitzender/Πρόεδρος/Chairman/President/Presidente/Voorzitter/Presidente/Puhemies/Ordforande
(VP) = Næstform./Stellv. Vorsitz./?ντιπρόεδρος/Vice-Chairman/Vice-President/Vicepresidente/Varapuhemies

Ondervoorz./Vice-Pres./Vicepres/Vice ordförande.
Til stede den/Anwesend am/Παρόν στις/Present on/Present le/Presente il/Aanwezig op/Presente em/Presente el/Lasnä/Närvarande den.

<p>Efter indbydelse fra formanden/Auf Einladung d. Vorsitzenden/Με πρόσκληση του Προέδρου/At the invitation of the Chairman/Por invitacion del presidente/Sur l'invitation du président/Su invito del presidente/Op uitnodiging van de voorzitter/A convite do presidente/Puhemiehen kutsusta/ På ordförandens inbjudan: PLENKOVIC (Minister Counsellor, on behalf of the Government of Croatia)</p> <p>Radet/Rat/Συμβούλιο/Council/Consejo/Conseil/Consiglio/Raad/Conselho/Neuvosto/Radet: GAFFEY (Irish Department of Foreign Affairs, on behalf of the Presidency in Office)</p> <p>Kommissionen/Kommission/Επιτροπή/Commission/Comision/Commissione/Commissie/Commissao/Komissio/ Kommissionen: LEIGH, PAMPALONI, HAGLEITNER</p> <p>Cour des comptes:</p> <p>ECOSOC :</p> <p>C.E.S.:</p>		
<p>Andre deltagere/Andere Teilnehmer Επίσης Παρόντες/Also present Otros participantes/Autres participants/Altri partecipanti Andere aanwezigen/Outros participantes Muut osallistujat/Övriga deltagare</p>		
<p>Gruppernes sekretariat Sekretariat der Fraktionen Γραμματεία των Πολ. Ομάδων Secretariat political groups Secr. de los grupos políticos Secr. Groupes politiques Segr. dei gruppi politici Secr. van de fracties Secr. dos grupos políticos Puolueyhmién sihteeristö Gruppernas sekretariat</p>	<p>PPE-DE PSE ELDR Verts/ALE GUE/NGL UEN EDD NI</p>	<p>MAZZA, WORUM MACHMER CORLETT, MURPHY</p>
<p>Cab. du Président</p>		
<p>Cab. du Secrétaire Général</p>		
<p>Generaldirektorat Generaldirektion Γενική Διεύθυνση Directorate-General Dirección general Direction générale Direzione generale Directoraat-generaal Direcção general Contrôle financier Service juridique Pääosasto Generaldirektorat</p>	<p>I II III IV V VI VII VIII</p>	<p>JARECKA GOMEZ KAUFFELD</p>
<p>Udvalgssekretariatet Ausschußsekretariat Γραμματεία επιτροπής Committee secretariat Secretaria de la comisión Secrétariat de la commission Segretariato della commissione Commissiesecretariaat Secretaria de comissão Valiokunnan sihteeristö Utskottssekretariatet</p>		<p>MAZZI ZISSIS, HARRIS</p>

- * (P) =Formand/Pres./Πρόεδρος/Chairman/President/Voorzitter/Puhemies/Ordforande
(VP) =Næstform./Vize-Pres./?ντιπρόεδρος/Vice-Chairman/Vice-President/Ondervoorz./Vice-pres/Varapuhemies/Vice ordforande.
(M) =Medlem./Mitglied/Μέλος/Member/Miembro/Membre/Membro/Lid/Membro/Jasen/Ledamot
(F) =Tjenestemand/Beamter/Υπάλληλος/Official/Funcionario/Fonctionnaire/Funzionario/Ambtenaar/ Functionario/Virkamies/Tjansteman

**DELEGATION DES KROATISCHEN PARLAMENTS
FÜR DAS 12. TREFFEN
DER DELEGATION DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS FÜR DIE
BEZIEHUNGEN ZU DEN LÄNDERN SÜDOSTEUROPAS**

Brüssel, 17.-18. Februar 2004

Mitglieder:

Herr Neven Mimica	parteilos	Vorsitzender der Delegation Vorsitzender des Ausschusses für europäische Integration
Herr Neven Jurica	HDZ	Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten
Herr Milorad Pupovac	serbische Minderheit	Vorsitzender des Ausschusses für interparlamentarische Zusammenarbeit
Herr Gordan Jandroković	HDZ	Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Entwicklung und Wiederaufbau
Herr Mario Zubović	HDZ	Mitglied des Parlaments
Herr Miljenko Dorić	HNS	Mitglied des Parlaments
Herr Ljubo Jurčić	parteilos	Mitglied des Parlaments
Frau Danira Bilic	HDZ	Mitglied des Parlaments

Kroatische Regierung

Frau Tamara Obradovic, Stellvertretende Ministerin, Ministerium für europäische Integration

Sekretariat

Frau Tatjana Briski, Sekretärin des Ausschusses für europäische Integration und des
Unterausschusses für die Beziehungen zum Europäischen Parlament

Abkürzungen:

HDZ - Kroatische Demokratische Gemeinschaft
HNS - Kroatische Volkspartei

11.02.04